

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage der Abgeordneten Martina Machulla (CDU)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur namens der Landesregierung

Finanzielle Herausforderungen des Staatstheaters Hannover im Zusammenhang mit Inflationsausgleich und Tariferhöhungen

Anfrage der Abgeordneten Martina Machulla (CDU), eingegangen am 30.08.2023 - Drs. 19/2180 an die Staatskanzlei übersandt am 31.08.2023

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Wissenschaft und Kultur namens der Landesregierung vom 04.10.2023

Vorbemerkung der Abgeordneten

Mit Mitteln aus dem ersten Nachtragshaushalt 2022/2023, der Ende November 2022 auch mit den Stimmen der CDU-Fraktion im Landtag verabschiedet wurde, plant die Landesregierung ausweislich einer Presseinformation des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur (MWK) vom 16.05.2023, zuletzt aktualisiert am 31.05.2023¹, Landeskultureinrichtungen, welche - wie z. B. das Staatstheater Hannover - eine institutionelle Förderung erhalten, mit insgesamt rund 7,8 Millionen Euro zu unterstützen. Die Förderung erfolgt in pauschaler Form zur Kompensation der unmittelbaren und mittelbaren Folgen der Energiepreissteigerungen.

Aus einem Artikel der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 10.07.2023 mit der Überschrift „Warum das Staatstheater Hannover Lohnsteigerungen fürchtet“ geht hervor, dass die Tariferhöhungen für 1 000 Beschäftigte das Staatstheater Hannover in Bedrängnis brächten. In dem Artikel heißt es weiter, dass der alte Konflikt um die Übernahme der Tariferhöhungen für die Beschäftigten an dem Haus, um den es nach einer großen Demonstration im vergangenen Jahr auffallend still geworden sei, jetzt mit neuer Dramatik wieder aufbreche. Der jüngste Tarifabschluss aus April 2023 sehe zunächst Zahlungen zum Inflationsausgleich vor, im Jahr 2024 stiegen die Löhne im Durchschnitt um 11,5 %. Für das Staatstheater bedeute das im Jahr 2023 Mehrkosten in Höhe von ca. 2,75 Millionen Euro. Für das Jahr 2024 rechne man mit zusätzlichen 6,9 Millionen Euro, und für das Jahr 2025 stehe schon die nächste Tarifrunde an. Da das Theater mit einer festgesetzten Fördersumme von derzeit etwa 70 Millionen Euro pro Jahr wirtschaften müsse, stünden aufgrund der erhöhten Personalkosten in Zukunft weniger Mittel für die anderen Ausgaben zur Verfügung: Einschnitte im künstlerischen Bereich könne es demzufolge geben und die Schließung von Spielstätten werde überlegt.

Vorbemerkung der Landesregierung

Die Niedersächsische Staatstheater Hannover GmbH (nachfolgend NSH) hat seit dem Jahr 1993 nur einen Gesellschafter, das Land Niedersachsen. Die Gesellschafterfunktion nimmt das Finanzministerium (MF) wahr. Den Vorsitz des Aufsichtsrates der NSH hat aktuell der Minister für Wissenschaft und Kultur, Herr Falko Mohrs, inne. Die Steuerung der NSH erfolgt seit Jahrzehnten durch ein enges Zusammenwirken des Ministeriums für Wissenschaft und Kultur (MWK) und des MF. Dies gilt insbesondere für die Herausforderungen, die sich aus der historisch gewachsenen Anwendung des kommunalen Tarifrechts bei den NSH ergeben, also vor allem des TVöD.

¹ <https://www.mwk.niedersachsen.de/startseite/aktuelles/presseinformationen/land-unterstuetzt-kultur-und-erwachsenenbildung-mit-27-millionen-euro-222310.html>

1. Welchen Anteil an den zum Ausgleich für Energiepreissteigerungen bereitgestellten 7,8 Millionen Euro wird das Staatstheater Hannover erhalten?

Die NSH erhält 1,397 Millionen Euro.

2. Hat das Theater den Anteil bereits erhalten? Wenn ja, wann? Wenn nein, wann wird das Theater das Geld erhalten?

Die Mittel wurden der NSH zum 21.09.2023 ausgezahlt.

3. Inwieweit ist der Landesregierung bekannt, dass aufgrund der Tarifabschlüsse aus April 2023 für das Jahr 2023 eine Deckungslücke in Höhe von ca. 2,75 Millionen Euro und für das Jahr 2024 eine weitere Deckungslücke in Höhe von ca. 6,9 Millionen Euro auf das Staatstheater zukommt, und wie bewertet die Landesregierung diese Situation?

Das Land Niedersachsen ist alleinige Gesellschafterin der NSH und im Aufsichtsrat der NSH vertreten, somit ist der Landesregierung bekannt, welche finanziellen Herausforderungen die Tarifabschlüsse für die NSH bedeuten.

4. Ist die Landesregierung bereit, die zusätzlichen Kosten, die durch die Tarifierhöhungen für die Mitarbeiter des Staatstheaters Hannover entstehen, (anteilig) zu übernehmen, damit die künstlerische Arbeit des Theaters nicht beeinträchtigt wird?

Das MWK und das MF befinden sich in engem Austausch zu der Frage, wann, in welcher Höhe und wie die zusätzlichen Kosten, die durch Tarifierhöhungen entstehen, übernommen werden können. Diese Abstimmungen sind zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht abgeschlossen.

5. Hat das MWK diesbezüglich Mittel für den Haushalt 2024 angemeldet? Wenn ja, wie hoch ist die Anmeldung? Wenn nein, warum nicht?

In dem von der Landesregierung beschlossenen Haushaltsplanentwurf 2024 sind die aktuellen Ansätze für das Staatstheater Hannover abgebildet. Im Zusammenhang mit steigenden Personalkosten aufgrund von Tarifabschlüssen gibt es Gespräche innerhalb der Landesregierung sowie zwischen Landesregierung und den regierungstragenden Landtagsfraktionen mit dem Ziel, eine entsprechende Nachsteuerung in 2023 und 2024 zu realisieren.

6. Sind darüber hinaus Pläne vorhanden, die Finanzierung des Staatstheaters Hannover so anzupassen, dass es künftig in der Lage sein wird, Tarifierhöhungen unproblematisch zu tragen, wie es z. B. bei den Staatstheatern Braunschweig und Oldenburg der Fall ist, die als Landesbetriebe geführt und zusätzlich von den jeweiligen Städten finanziert werden?

Angesichts der herausfordernden finanziellen Rahmenbedingungen des Landes und die schwer planbare Höhe künftiger Tarifsteigerungen im Bereich des TVöD, sind derartige Pläne aktuell nicht vorhanden.

7. Wie beurteilt die Landesregierung die möglichen Auswirkungen von Einsparmaßnahmen auf die künstlerische Qualität und das Angebot des Staatstheaters, insbesondere in Bezug auf die mögliche Schließung von Spielstätten wie dem Ballhof in Hannover?

Eine Beurteilung der Auswirkungen von Einsparmaßnahmen ist pauschal nicht möglich. Allen denkbaren Einsparmaßnahmen müssten die Auswirkungen gegenübergestellt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, mit welchen personellen und sächlichen Ressourcen welche Angebote an welchen Orten realisiert werden können.

8. Welche Strategien hat die Landesregierung angesichts der gegenwärtigen finanziellen Restriktionen, um sicherzustellen, dass das Staatstheater Hannover weiterhin hochkarätige künstlerische Leiterinnen und Leiter anziehen kann?

Aus Sicht der Landesregierung ist es wichtig, in der Mittelfristigen Finanzplanung des Landes eine Dynamisierung der Zuwendungen des Landes vorzusehen. Daher enthält die Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2025 und 2026 einen Anstieg der Zuwendungen des Landes auf 75 Millionen Euro und 76 Millionen Euro. Dies ist eine Aufhebung der Position, die das MWK und das MF in der letzten Legislaturperiode festgelegt haben.